

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pömlitz, Staudnitz, Threna usw.) Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, halbjährlich Mk. 2.— durch die Post bezogen einfach, der Postgebühren Mk. 0,75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Vertriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die halbgepolsterte Korpuszelle 60 Pf., auswärts 75 Pf. Amtlicher Teil Mk. 1,20. Reklamezettel Mk. 1,20. Beilagegebuhr pro Hundert Mk. 2.— Anzeige der Magazin bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erledigungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausdrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Bearbeitet: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Glücks & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 15

Freitag, den 4. Februar 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Jagdpachtsteuerordnung für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Grimma.

S. 1.

Im Bezirke der Amtshauptmannschaft Grimma — einztl. der Städte Wurzen, Grimma und Goldkör — ist von allen lautenden und in Zukunft abzuschließenden Jagdpachtverträgen eine Steuer zu entrichten.

S. 2.

I. Steuerpflichtig ist wem innerhalb des Bezirksverbandes — einztl. der Städte Wurzen, Grimma und Goldkör — auf Grund eines Jagdpachtvertrages das Jagdausübungsberechtigt ist.

II. Neben dem Steuerpflichtigen haftet der Verpächter als Gesamthaftsteller.

S. 3.

Die Steuer wird für das Jagd Jahr berechnet. Als Jagd Jahr gilt die Zeit vom 1. September bis 31. August des folgenden Jahres.

S. 4.

I. Die Jagdpachtsteuer beträgt 10 v. H. der Jagdpachtsumme und aller vertragsmäßigen und freiwilligen Nebeneinnahmen, die der Pächter dem Verpächter, der Jagdpachtgenossenschaft, der Gemeinde oder sonst im Zusammenhang mit der Erzielung der Jagd leistet oder zu leisten verpflichtet ist, soweit der Gesamtwert von Jagdpacht- und Nebeneinnahmen nicht 4 Mk. je Hektar der jagdbaren Fläche übersteigt.

II. Übersteigende Jagdpachtsumme und Nebeneinnahmen 4 Mk. für den Hektar, so erhöht sich für jede angefangene 2 Mk. die Steuer um 5 v. H.

S. 5.

I. Die Steuer ist am 1. Oktober jeden Jahres fällig.

II. Wird die Pachtsumme innerhalb eines Jagdjahres erhöht, so ist die Steuer vom Zeitpunkt der Erhöhung ab von der höheren Pachtsumme zu entrichten.

III. Werdet innerhalb eines Jagdjahres die Person des Steuerpflichtigen, so wird die vom bisherigen Steuerpflichtigen bezahlte Steuer auf die vom neuen Steuerpflichtigen zu entrichtende Steuer entsprechend angehoben.

S. 6.

Die Jagdpächter und Verpächter sind verpflichtet, jederzeit dem Bezirksverbande Auskunft über alle das Jagdpachtverhältnis betreffenden Vereinbarungen und Leistungen zu geben.

S. 7.

I. Die Jagdpächter erhalten am Anfang jedes Jagdjahres auf Grund des Pachtvertrages einen vorläufigen Steuerbescheid zugestellt.

II. Der endgültige Steuerbescheid ergibt nach Ablauf des Jagdjahrs auf Grund einer vom Pächter abzugebenden Erklärung über die tatsächlich bewirkten Leistungen auf Grund des Jagdpachtvertrages.

III. Gegen diesen Steuerbescheid steht dem Steuerpflichtigen das Recht des Einspruches nach § 66 des Gemeindesteuergesetzes zu. Dieser ist bei der Amtshauptmannschaft einzulegen. Über den Einspruch entscheidet die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschüsse.

S. 8.

Die Vorschriften über die Rechtsmittel in §§ 65–71 und die Strafvorschriften der §§ 77–82 des Gemeindesteuergesetzes vom 11. Juli 1913 in der Fassung des Vollzugsgesetzes zum Landesteuersteuergesetz vom 12. August 1920 finden entsprechende Anwendung.

S. 9.

Diese Steuerordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 1920 ein in Kraft.

Grimma, 18. November 1920.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

I. 80.

Mit Zustimmung des Kreisausschusses

genehmigt.

Leipzig, am 12. Januar 1921.

Die Kreishauptmannschaft.

(Sptl.) (gez.) Lange.

In der gestrigen 1. diesjährigen Schulvorstandssitzung ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Von der durch den Stadtgemeinderat erfolgten Wahl des Herrn Arthur Quaas als Schulvorstandsmittelglied aus der Elternschaft anstelle des ausgeschiedenen Herrn Paul Schiller nahm man Kenntnis.

2. Von dem Berichte über die Verbandsversammlung des Landespersonenverbandes Sächsischer Gemeinden nahm man Kenntnis.

3. Von einem Rundschreiben des Gemeindeversicherungsverbandes Leipzig wurde Kenntnis genommen.

4. Davon, daß die Schulgemeinde einen entsprechenden Anteil von der Reichseinkommensteuer überwiesen erhält, wurde Kenntnis genommen.

5. Von einem Beschuß des Vorstandes des Sächsischen Gemeindelages über Verlegung von Tagungen der Lehrerschaft in die Ferien nahm man Kenntnis.

6. Von der Verfügung der Amtshauptmannschaft, Wohlfahrtsamt über Bildung eines Pflegeausschusses nahm man Kenntnis.

7. Zu Prüfern der Rechnung über die Schulkasse auf das Jahr 1919 wurden die Herren Schimpf und Miszkewitz gewählt.

8. Dem Kirchenvorstand soll auf seine Mitteilung wegen Verdüsterung des Kantoralehngroundstückes mitgeteilt werden,

doch der Schulvorstand bei der Besetzung der Kantorstelle durch einen an der hiesigen Schule tätigen Lehrer nicht hinderlich sein wird, wenn der Schulgemeinde das Kantoralehngroundstück für 40 000 Mk. überlassen wird.

9. Das Gesuch des Herrn Stadtmusikdirektors Blohm um Errichtung einer Musikhochschule wurde bedingungswise genehmigt.

10. Der Vertragsentwurf und die Dienstanweisung des anzustellenden Schularztes wurden genehmigt. Für den Fall der Genehmigung des Vertrags und der Dienstanweisung durch das Bezirkschulamt wurde Herr Dr. Sperling als Schularzt vom 1. April 1921 ab gewählt.

11. Von dem Bericht über die Versammlung wegen Gründung der Einkaufsgenossenschaft für Vern- und Lehmkilie nahm man Kenntnis. Bis auf weiteres sieht der Schulvorstand von dem Beitritt zur Genossenschaft ab.

12. Die Lehrerschaft soll erneut werden, zu dem eingereichten Vorschlage eines Stellvertreters des Schulleiters mindestens noch einen weiteren Lehrer vorzuschlagen.

13. Die Besoldung der Nadelarbeitslehrerin wurde anderweitig geregelt.

14. Das Gesuch der Lehrerschaft um nachträgliche Bewilligung der Reisekosten für einen Abgeordneten zum Lehrerschaftstag wurde der Folgen wegen abgelehnt.

15. Der durchgehende Unterricht soll im Einverständnis der Lehrerschaft mit Beginn des neuen Schuljahres abgeschafft, dafür der Unterricht auch auf die Nachmittage ausgedehnt werden.

16. Von der Gründung eines Gemeindeverbandes mit den umliegenden Ortschaften zur gemeinsamen Durchführung des Mädchen- und Knabenfortbildungsschulunterrichts soll vorläufig abgesehen werden. Man will die Sache zunächst allein durchführen.

17. Der Antrag der Lehrerschaft, den Bau der Schule abzulehnen, wurde vorlegt.

18. Von einer Eingabe der Elternschaft wegen Erhöhung des Beitrags zur Beschaffung von Lehrmittel für Kinder minderbemittelten Eltern, nahm man Kenntnis und beschloß, über die Sache bei der nächsten Haushaltsplandiskussion Entschließung zu fassen.

Schulvorstand Naunhof, am 1. Februar 1921.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gewährung.

Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Scheinen, Schein- und Giro-Verkehr.

Ausbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Bemerkung: 44. Geldstück: 9—1 Uhr. Postcheckkonto: Leipzig Nr. 10783.

Und der Preis?

Man hat sich in Deutschland, trotz aller auf diesem Gebiete bereits gesammelten traurigen Erfahrungen, durch den Gang der Pariser Verhandlungen wieder einmal überraschen lassen. Einmal wohl, weil die vollkommene Unnachgiebigkeit der französischen Willkürforderungen, die nun schon seit Jahren immer und immer wieder an unser Ohr schlugen, nirgends mehr recht ernst genommen wurden; dann aber auch, weil man in der persönlichen Teilnahme des britischen Ministerpräsidenten an der Konferenz eine, wenn auch schwache, so doch im entscheidenden Augenblick immerhin ausreichende Bürgschaft gegen den Sieg gallischer Wahn- und Nachegelüste erblicken zu dürfen glaubte. Und die Engländer haben es auch diesmal wieder vor trefflich verstanden, diese Hoffnung bewußt zu schüren. Ihrer entschiedenen Abwehr gegen Briand und Doumer war es zu danken, daß die Verhandlungen sich äußerst schwierig gestalteten, bis sie schließlich an der ungeduldigen Empörung Lloyd Georges zu scheitern drohten. Da kam über Nacht die Umkehrung. Was bis dahin den Zorn des Gewaltigen aus London entfesselt hatte, sandt, nach geringfügiger und völlig nichträgernder Umfristung, plötzlich seine begeisterte Zustimmung, und im Handumdrehen war der Welt unterzeichnet, der einer Kriegserklärung, ja mehr noch: einer Kriegseröffnung gegen einen durch den sogenannten Friedensvertrag von Versailles völlig entkräftigten und entwaffneten Gegner so ähnlich steht wie ein Ei dem andern. Seine Väter beglückwünschten sich vor aller Öffentlichkeit, schüttelten sich begeistert die Hände und verabschiedeten sich fröhlich nach getaner Arbeit — während das deutsche Volk, verläubt von dem furchtbaren Schlag, der es abermals getroffen hat, den Atem anhält in dem Bangen, aber untrüglichen Gefühl, daß selbst der Vertrag von Versailles hier noch um ein Erstklassiges übertrifft. Gibt es eine Erklärung für diesen ungeheuerlichen Vorgang?

Die ihn suchen, finden keine andere Möglichkeit, als daß in den Stundenlangen Unterredungen zwischen Lloyd George und Briand, die Tag für Tag neben den offiziellen Verhandlungen eingingen, der Franzose dem Engländer schließlich einen Preis zugestanden haben muß, der diesem die völlige Preisgabe Deutschlands an die Pariser Ausbeutungs- und Unterwerfungskomitee wert zu sein scheint. Wozu hat man denn die öffentlich so und so oft verbammte Geheimdiplomatie „unter Brüder“ wohlweislich beibehalten, wenn nicht um hinter den Kulissen diejenigen Ge-

schäfte abschließen zu können, die, wenn sie auf frei sichtbarer Bühne verhandelt werden sollten, niemals zustande kommen würden? Ist es die Türkei mit dem nahen Orient, die hier das Handelsobjekt bildete, oder ist es die amerikanische Frage, über die man sich ganz im stillen geeinigt hat? Hat Frankreich für den Fall zu künftiger Verwicklungen zwischen den beiden „Brütern“, die zusammen die angelsächsische Rasse ausmachen, sich für England verpflichtet, trotzdem es ausschließlich der entzündenden militärischen Hilfe von jenseits des Großen Wassers seine Rettung aus höchster Lebensgefahr zu verdanken hat? Soll über alle sentimental Empfindungen, auch über alle Erwägungen des eigenen Zukunftswohls der brennende Wunsch nach einem Augenblickserfolg gefiegt haben, weil Briands Ministertage sonst unweigerlich gezeigt hätten, was die neuen Gefahr, die der britischen See- und Welttherrschaft in der seit dem großen Siege mächtig emporgeschossenen nordamerikanischen Republik herauwächst, sich ihren Wirtschafts- und vor allem ihren Flottenimperialismus sich gewaltig ausbreiten und hat aus der Geschichte genügend gelernt, um vorauszusehen, wohin schließlich solche Entwicklungen zu führen pflegen. Ein blauer Mann aber baut vor. Ghe Frankreich von Washington her vor die entscheidende Schwefelfrage gestellt werden kann, welche Partei es zu nehmen gedenkt, wenn abermals um Leben oder Sterben der Völker die eisernen Würfel ins Rollen kommen sollten, ließ sich ihm von London der Pistole auf die Brust sehen, da ja Herr Wilson aus Europa glücklich herausmanövriert worden ist. Und ehe sein Nachfolger am 4. März ins Weiße Haus einzieht, mußte dieses britisch-französische „Geschäft“ unter allen Umständen noch rasch in Ordnung gebracht werden. Was dazu jetzt noch fehlt, soll in den letzten Februartagen in London, unter Zugabe von deutschen Bevollmächtigten, ergänzt werden — dann kann Herr Harding sehen, wo er bleibt. Lloyd George jedenfalls kann dann unglaublich ruhiger schlafen als je zuvor.

Ob dies der innere, der geheime Zusammenhang des ungemein „bestridigenden“ Ausgangs der Pariser Konferenz ist? Heute läßt es sich nur vermuten. Gewißheit wird man erst erlangen, wenn die englisch-amerikanischen Beziehungen anfangen ähnlich zu bekommen mit denjenigen, die diefeis und jenseits des Atlantikos zwei Jahre lang so „freundschaftlich“ so ungemein „verwandtschaftlich“ gepflegt wurden, bis über alle Flottenverständigungsbemühungen hinweg der Zusammenstoß da war. Dann wird es für Frankreich ein Erwachen geben, und das französische Volk wird dann zu entscheiden haben, ob es heute von Briand gut oder schlecht geführt worden ist.

„Einfach erdrostet!“

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

CR. Berlin, 1. Februar, nachmittags.

Während an anderen Tagen um diese Nachmittagsstunde schon lange der hartrückige Ruf der elektrischen Klingeln der Reichstagsabgeordneten an ihre Plätze gerufen hat, während dann in bestiger Rede und Gegenrede Rechts und Links einander halbe und ganze Minuten an den Kopf zu werfen pflegen, liegt heute der große Sitzungssaal noch in völliger Ungeistertheit da, die Bänke gähnen und auf der Richterhattrattentribüne fliegt kein Bleistift über das Papier.

Aber sind somit das Herz und der Mittelpunkt des Reichstagsgebäudes vorläufig noch leer, so braust es in den Gängen, Wandelhallen, Fraktionszimmern um so heiterer. Die ungeheuerlichen Forderungen aus Paris scheinen auch den letzten Funken der oft belasteten Gleichgültigkeit aus unseren Reichstagsvertretern vertrieben zu haben. In ihren Räumen beraten die Parteien seit dem frühen Morgen, auf den weiten Gängen haben sich überall Gruppen gebildet, aus allen Gesichtern springt die Freude: Was wird die Reichsregierung tun, was wird Simon sagen?

Beim Vortragen der Nachmittagsstunden scheint allmählich eine gewisse Parole durchzudringen. Mit ziemlicher Bestimmtheit verlautet von Stellen, die es wissen können, die Regierung werde dem allgemeinen Gefühl dieses Ansturms sei unausführbar, beitreten. Der Minister des Auswärtigen Dr. Simon wird dann in der heutigen Sitzung des Reichstages die Erklärung abgeben, die Forderungen für die Wiedergutmachung seien für Deutschland unmöglich zu erfüllen. Würde Deutschland sie annehmen, so würden wir einfacher erdrostet. Wir würden folgende Forderungen nur mit dem Bewußtsein unterschreiben, daß wir sie nicht ausführen könnten. Dr. Simon wird auch auf die aus parlamentarischen Kreisen fließende Tatsache zurückkommen, wie gefährlich es wäre, die 12% prächtige Abgabe auf unsere Warenausfuhr anzunehmen. Das deutsche Wirtschaftsleben wäre einfacher in den 42 Jahren vernichtet.

Hinter diesen Ausführungen Dr. Simons' lauern natürlich wie Spinnengespenster sofort weitere Fragen. Wozu wird sich der Reichstag entschließen, wie werden sich die Parteien stellen, wird es zu den bitter notwendigen Einheitsfronten, zu dem seit gestern so viel besprochenen Konzentrationsministerium kommen?